

Jugendhilfeausschuss	29.02.2024
----------------------	------------

öffentlich

Vorlage Nr.	109/2024-4
-------------	------------

Stand	30.01.2024
-------	------------

Betreff Mitteilung betr. unbegleitete Minderjährige (UMA)

Sachverhalt

Nachdem die Zahlen in NRW Ende Dezember und im Januar ganz leicht zurückgegangen sind, steigen sie seit Anfang Februar wieder etwas an und liegen mit über 10.000 weiter auf einem sehr hohen Niveau.

Aufgrund der wöchentlichen Zusendung der aktuellen Zahlen durch den LVR, wird die Verwaltung in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses die mit Stand 27.02.2024 geltenden Zahlen mündlich vortragen.

Über die zwingend notwendige Entwicklung einer „Brückenlösung“ mit dem Ziel, für die unbegleiteten Minderjährigen Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen, hat die Verwaltung in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses berichtet – auf die Vorlage 711/2023-4 wird verwiesen.

Mit dem Jugendhilfeträger GFO, der bereits in Merten stationäre Angebote vorhält und über eine besondere Expertise mit der Zielgruppe der unbegleiteten Minderjährigen verfügt, sind in den letzten Wochen sehr zielführende Gespräche geführt worden und auch ein geeignetes Objekt wurde bereits gefunden.

So wird die „Brückenlösung“ in der ehemaligen Hausmeisterwohnung am Standort Brunnenallee realisiert werden können und die erforderlichen Handlungsschritte befinden sich bereits in der Umsetzung, so dass mit den ersten Belegungen voraussichtlich in der ersten Hälfte des Monats März begonnen werden kann.

In der letzten Sitzung wurde gefragt, wie die Krankenversicherung für die UMA's aussieht. Die Verwaltung, konkret die Wirtschaftliche Jugendhilfe (WJH) meldet die Jugendlichen bei der gesetzlichen Krankenversicherung an, sobald die Zuständigkeit bei der Stadt Bornheim liegt. Die Jugendlichen erhalten von der Krankenkasse eine eigene personalisierte Karte, so dass damit ihre erforderlichen Arztbesuche gesichert sind. Liegt in der ersten Übergangszeit die Karte noch nicht vor, so ist die WJH berechtigt, einzelne am Bedarf orientierte Krankenscheine auszustellen

Anlagen zum Sachverhalt

keine